



Newsletter April 2017

connosco e.V.
Lotharstr. 14-18
50937 Köln
Tel: +49-(0) 221-277 80 35
Website: www.connosco.de
E-Mail: info@connosco.de



Inhalt

Editorial	3
Kurznachrichten	4
Neorientierung des Mercosur <i>Von Mariele Degott</i>	5
Stichwahl in Ecuador <i>Von Marc Reismann</i>	8
Überschwemmungen in Peru <i>Von Marcus Grünbichler</i>	10
Bericht zum Weltfrauentag in Lateinamerika <i>Von Lisa Wegener</i>	11



Editorial

Liebe Lateinamerika-Freunde,

über die Neuorientierung des Mercosur und den Umgang mit Venezuela erfahren Sie mehr ab Seite **5**. Informationen zur Stichwahl in Ecuador in der zweiten Runde finden Sie ab Seite **8**. Über die Überschwemmungen in Peru berichten wir ab Seite **10**. Einen Bericht zum Weltfrauentag finden Sie ab Seite **11**.

Wenn Sie regelmäßig über Themen mit Lateinamerika-Bezug informiert werden möchten, abonnieren Sie unseren Newsletter. Alle Informationen dazu finden Sie auf unserer [Website](#).

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer Analysen.

Das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.

Kurznachrichten

Von Andrea Linzbach

- **Überschwemmungen in Kolumbien führen zu über 230 Toten und mehreren hundert Verletzten und Vermissten:** In der Hauptstadt Mocoa des Departamentos Putumayo im Süden Kolumbiens ist es am Samstag, den 1. April, durch die starken Regenfälle zu einer Überschwemmung eines Flusses gekommen. Die Überschwemmung hat für eine Verwüstung gesorgt. Laut Informationen des roten Kreuzes Kolumbiens sind 234 Menschen gestorben, 220 Verletzte und 220 Verschwundene zu vermelden.
- **Venezuelas Oberster Gerichtshof überprüft Gesetz zur Entkräftung der Legislative:** Venezuelas Oberster Gerichtshof hat am Samstag Teile Ihrer Entscheidung verworfen, der Legislative Venezuelas ihre Entscheidungsmacht abzuerkennen. Dieser unerwartete Wandel wurde unter anderem hervorgerufen durch steigende nationale und internationale Kritik, dass das Land sich immer mehr zur Diktatur entwickle.
- **Mexiko begrüßt den möglichen Umschwung der USA im Hinblick auf NAFTA:** Trump hatte seit Monaten gedroht, dass die NAFTA, so wie sie im Moment existiert, in seiner Regierungsperiode der Vergangenheit angehören werde. Unter anderem führte das dazu, dass neue Produktionsstandorte eher in die USA gelegt wurden. Diese Woche ist ein Entwurf des Handelsvertreters der Vereinigten Staaten Stephen Vaughn unter den Abgeordneten in den Umlauf gekommen, der darauf schließen lässt, dass ein Großteil des Handelsabkommens erhalten bleiben soll. Viele mexikanische Politiker begrüßen den Vorstoß, jedoch herrscht noch ein großes Misstrauen, da es sich nur um ein vorläufiges Dokument handelt.

Neuorientierung des Mercosur

Von Mariele Degott

Die Mitglieder des südamerikanischen Handelsabkommens Mercosur wollen sich in Zukunft neuen Handelspartnern zuwenden. Nach der Ernennung von US-Präsident Trump haben sowohl die politischen als auch die Handelsbeziehungen zwischen den USA und Mercosur eine unsichere Zukunft.

Das Bündnis Mercosur umfasst die fünf Mitgliedsstaaten Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay und Venezuela, wobei letzterer derzeit, seit Dezember 2016, von allen Verhandlungen ausgeschlossen wurde. Das Treffen der Außenminister der Mercosur-Staaten im 26. Bestehensjahr des Bündnisses fand am 9. März in der Hauptstadt Argentiniens statt. „Es ist ein Arbeitstreffen mit den vier Gründungsunterzeichnerstaaten. Ziel des Treffens ist in erster Linie das geplante Freihandelsabkommen des Mercosur mit der EU. Unter anderem werden wir auch die aktuelle Lage in Venezuela erörtern und den Stand der Dinge hinsichtlich einer Annäherung zur Pazifik-Allianz [, ein weiteres lateinamerikanisches Freihandelsbündnis]“, sagt Argentiniens Außenministerin Susana Malcorra. Besonders die Regierung Brasiliens drängt auf eine schnelle Neuorientierung von Mercosur bezüglich ihrer Handelspartner. Der sogenannte „Gemeinsame Markt Südamerikas“ versucht schon seit Jahren, Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union zu entwickeln, bis jetzt aber ohne wirklichen Erfolg. Nun hofft der brasilianische Außenminister Aloysio Nunes auf einen Durchbruch bei den Gesprächen. Diese führte man nun intensiver, da mit einer zunehmenden Isolationspolitik der USA unter Trump zu rechnen sei. Man komme nun in eine Phase der Entscheidung, so Nunes zur Nachrichtenagentur Reuters. „Wir werden noch in diesem Jahr eine umfassende politische Vereinbarung unterzeichnen und später heikle Fragen verhandeln“, strebt er an.

Nach 27 Verhandlungsrunden zwischen Mercosur und der EU bewerten die Vertreter der beiden Wirtschaftsblöcke die Fortschritte als zufriedenstellend. Bei einem Treffen vom 20. bis 24. März wurde über die weitere Gestaltung des politischen Rahmens eines Handelsabkommens verhandelt. Es wurden auch Verhandlungen über die

Teilbereiche Wirtschaft, Soziales und Kooperation geführt. Die Schwierigkeit der Entwicklung des Handelsabkommens besteht in dem Protektionismus, der von der EU und Mercosur beiderseits betrieben wird. So möchte die Europäische Union ihre Landwirtschaft mit Agrarsubventionen schützen und Mercosur seinen Mitgliedsstaaten wirtschaftliche Vorteile bei öffentlichen Ausschreibungen zusichern. Auch die Bereiche Umweltpolitik und Forschung, bei denen seit einem Treffen im Jahr 2012 Uneinigkeit herrscht, wurden neu verhandelt. Sowohl die argentinische Außenministerin Susana Malcorra als auch die europäische Verhandlungsführerin Edita Hrda, Generaldirektorin des Amerika-Ressorts des Europäischen Auswärtigen Dienstes, freuten sich über signifikante Fortschritte, ohne aber konkrete Ergebnisse öffentlich zu machen. Dennoch dauerten die komplexen Verhandlungen über wirtschaftspolitische Themen weiter an, da sie besonders verhandlungsintensiv seien. Bezüglich der Wettbewerbspolitik habe man jedoch eine Übereinkunft treffen können, die alle Beteiligten zufrieden stelle. Man wolle außerdem bei verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen kooperieren und hierbei besonders Demokratie und Menschenrechte schützen sowie Armut und Drogenhandel bekämpfen.

Die Verhandlungen werden im Juli dieses Jahres in eine neue Runde gehen. Zuvor wird es noch ein Treffen in Buenos Aires geben. Bei diesen Gesprächen in der Hauptstadt Argentiniens werden die Beteiligten zunächst besonders auf den Handel zwischen den Regionen eingehen. Es bleibt fraglich, ob es 2017 schon zu einer Finalisierung der Verhandlungen kommen wird. Für die Europäische Union steht zunächst der Abschluss eines schon weiter fortgeschrittenen Handelsabkommens mit Japan an und dieser somit weiter oben auf der Agenda. Doch die Mitgliedsstaaten des Mercosur haben mehr Grund zur Eile. Die Isolationspolitik und der Protektionismus der neuen US-Regierung unter Trump lassen den südamerikanischen Wirtschaftsblock um ihre Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten bangen. Deshalb sollen zusätzlich sowohl der Handel mit dem Freihandelsabkommen Pazifik-Allianz, bestehend aus den Ländern Chile, Peru, Kolumbien und Mexiko, verstärkt als auch Handelshürden zwischen den Regionen Lateinamerikas überwunden werden.

Die Verhandlungen über neue Handelsbeziehungen mit der EU sehen sich auch mit anderen Schwierigkeiten konfrontiert. Der zurzeit von Sitzungen suspendierte Mitgliedsstaat Venezuela droht, die von Mercosur getroffenen

Entscheidungen in Zukunft nicht mehr anzuerkennen. Das südamerikanische Land wurde im Dezember vergangenen Jahres abgestraft, da es noch nicht alle Normen des Mercosur in seine interne Gesetzgebung integriert habe. Dieses Ausschlussverfahren steht jedoch rechtlich auf der Kippe, da es einige Regeln der Wirtschaftsunion Mercosur verletze. Somit sind alle Verhandlungen und Beschlüsse, die von Mercosur ohne Venezuela getroffen werden, vor Gericht anfechtbar. Dazu gehört auch ein mögliches Handelsabkommen mit der EU.

Bezüglich der Konflikte mit dem kürzlich suspendierten Mitglied Venezuela gab es am 18. März eine dritte Dialogrunde in der Hauptstadt Uruguays, bei dem die Delegierten über die Sanktionen verhandelten. Dem ausgeschlossenen Land wurde vorgeworfen, nicht alle Normen des Mercosur in seine interne Gesetzgebung aufgenommen zu haben. Nach anfänglicher Ablehnung von Uruguays Verhandlungsführer wurden die Sanktionen Ende 2016 dennoch verhängt. Insbesondere die Übernahme der Vereinbarung Nr.18, in der die "gegenseitige Wirtschaftsergänzung" geregelt ist, wird von den anderen Mitgliedsstaaten eingefordert. Kritiker der Sanktionen sehen den Ausschlussversuch als politisches Entgegenkommen zugunsten der EU, denn die Regierung von Nicolás Maduro wolle die Verhandlungen zu neuen Handelsbündnissen verhindern. Auch die US-Sanktionen gegen Venezuela hätten höchstwahrscheinlich politische Auswirkungen auf die Frage des Handelsvertrages mit Europa.

Doch auch die dritte Runde der Verhandlungen mit Venezuela blieb wohl ohne erfolgreiche Einigung in dem Konflikt. Einzelheiten der Gespräche wurden jedoch unter Verschluss gehalten. Falls keine Einigung erzielt werden kann, muss ein Schiedsgericht über den Streitfall entscheiden. Der Vertreter Venezuelas, Héctor Constant, hat bereits eine Liste von Schiedsrichtern vorgestellt. Am 25. April dieses Jahres soll weiter in der Sache verhandelt werden.

Stichwahl in Ecuador

Von Marc Reismann

In der ersten Runde der Präsidentschaftswahl in Ecuador hat der Regierungskandidat und Ex-Vizepräsident Lenín Moreno ein Ergebnis von knapp 39 Prozent erzielt. Damit konnte der Sozialist mit einem Vorsprung von einer Million Stimmen die meisten Wähler in dem Andenstaat für sich gewinnen. Jedoch konnte er nicht die notwendige Mehrheit von 40 Prozent erreichen.

Moreno wird in einer Stichwahl am zweiten April gegen den konservativen Politiker Guillermo Lasso antreten, der mit 29 Prozent an zweiter Stelle steht. Während Moreno an die Arbeit seiner zehnjährigen Vizepräsidentschaft anknüpfen und den linken Kurs von Präsident Rafael Correa fortführen möchte, wirbt sein Gegenkandidat mit einem geplanten Wechsel in der Politik. Somit plant Lasso, neben Steuersenkungen auch die Korruption innerhalb des Landes zu bekämpfen. Darüber hinaus möchte er auch das Asyl für WikiLeaks-Gründer und Whistleblower Julian Assange, der seit vier Jahren in der ecuadorianischen Botschaft in London lebt, aufheben. Assange droht ein Strafverfahren in Schweden wegen versuchter Vergewaltigung, jedoch fürchtet er in dem Verfahren einen Vorwand ihn auf Grund der Enthüllungen in die USA auszuliefern.

Bereits vor der Wahl galt der 63-jährige Moreno unter den 12,8 Millionen Wahlberechtigten als klarer Favorit. Er gehört der gleichen Partei an wie der amtierende Präsident Correa und wurde von diesem im Vorfeld als geeigneter Nachfolger empfohlen. So forderte er die Ecuadorianer auf, der linksgerichteten „Bürgerrevolution“ treu zu bleiben. Unter Correa konnte die soziale Ungerechtigkeit in dem Land verringert und ein wirtschaftliches Wachstum erzielt werden. An diese Entwicklung versucht der frühere Vizepräsident anzuknüpfen und beschreibt seinen politischen Weg als eine „Revolution, die niemand stoppen kann“. Er plant den Bau weiterer Schulen, Straßen und Krankenhäuser und erlangt damit eine hohe Beliebtheit, besonders innerhalb der ärmeren Bevölkerung.

Morenos Siegeszug könnte jedoch stoppen, dass sein Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten mit dem Odebrechtsskandal in Verbindung gebracht wird. Ihm wird vorgeworfen, die Zahlung von Schmiergeldern angenommen

zu haben. Des Weiteren hat die drittplatzierte Cynthia Viteri, die in der ersten Wahlrunde ein Ergebnis von 16 Prozent erreichen konnte, angekündigt den rechten Kandidaten Lasso im Falle einer Stichwahl zu unterstützen. Auch dürften sich weitere der acht Kandidaten auf Lassos Seite schlagen.

Bereits während der Auszählung der Stimmen kam es auf Grund von unerwarteten Verzögerungen zu heftigen, teils gewaltsamen Protesten. Demnach haben Anhänger der Opposition Wahlmanipulation befürchtet.

Im Fall einer Niederlage Morenos würde Ecuador das nächste südamerikanische Land werden, in dem eine linkspopulistische Regierung nach einer langjährigen Amtszeit die Macht an eine konservative Partei verliert. Diese Entwicklung würde sich auch in den Ergebnissen der Parlamentswahlen abzeichnen. Während Correas Partei, die Alianza País, vor vier Jahren noch 100 der 137 Sitze einholte und dadurch eine Dominanzposition einnahm, werden es in Zukunft nur noch etwa 55 Sitze sein. Ein möglicher Grund für die schwachen Wahlergebnisse linksorientierter Parteien können die stark gesunkenen Rohstoffpreise sein, welche die Einnahmen der Regierungen versiegen lassen. Demnach erfährt die Wirtschaft nach langen Phasen des Wachstums schwächere Zeiten und Arbeitsplatzunsicherheit entsteht. Aus diesem Grund wird der Ruf nach einem Wandel der Politik lauter.

Überschwemmungen in Peru

von Markus Grünbichler

Das Wasser vor der peruanischen Küste ist fünf Grad wärmer als zu dieser Jahreszeit üblich. Dies löste Regenfälle aus, welche Berge hinunterströmen und ganze Orte überschwemmen. Seit Mitte Januar löst der „Küsten El Niño“ heftige Regenfälle von Ecuador bis 300 Kilometer südlich von der peruanischen Hauptstadt Lima aus. Im März haben sich diese Regenfälle intensiviert und einige Erdbeben ausgelöst. Aufgrund des trockenen und sandigen Bodens fließen die Regenmassen ab anstatt ins Erdreich einzudringen. Straßen, Häuser und Brücken wurden in vielen Orten zerstört. Es handelt sich um die schlimmste Flutung seit 20 Jahren. Besonders der Norden Perus ist von den Folgen der Regenfälle betroffen.

Mehr als 100.000 Menschen haben ihr Zuhause verloren und nun kein Dach mehr über dem Kopf. 90 Menschen sind bereits Todesopfer der Überschwemmungen geworden. Der Unterricht an Schulen wurde in Lima und anderen Städten ausgesetzt. Die Trinkwasserversorgung der Hauptstadt ist aufgrund der verschmutzten Flüsse stark eingeschränkt. Dies führte dazu, dass viele Peruaner Wasser in großen Mengen aus dem Supermarkt besorgten, wodurch diese schlicht kein Wasser aufgrund der extrem hohen Nachfrage mehr anbieten konnten. Auch die Stromversorgung ist in manchen Gebieten instabil. In einigen Distrikten wurde der Notstand ausgerufen. Die Küste Perus hat bei normalen Wetterverhältnissen kaum Niederschläge, weshalb entsprechende Vorkehrungen nicht vorhanden sind.

Wissenschaftler sind sich uneins, ob der Klimawandel für die heftigen Regenfälle und Überschwemmungen verantwortlich ist. Abraham Levy, ein peruanischer Meteorologe, meint, ein ähnliches Phänomen habe es das letzte Mal 1925 gegeben. Er meint, dass dieses Phänomen seit längerer Zeit ab und zu auftritt, weshalb man den Klimawandel hiermit nicht so einfach in Verbindung bringen kann. Andere Forscher meinen, dass die allgemeine Erhöhung der Meerestemperatur zu dem Phänomen beigetragen haben könnte. Kritisiert wird jedoch vor allem die fehlende Vorbereitung der Regierung auf wiederkehrende Naturphänomene.

Bericht zum Weltfrauentag in Lateinamerika von Lisa Wegener

Anlässlich des internationalen Frauentages am 8. März haben auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Aktivistinnen und Aktivistinnen gegen die Diskriminierung der Frau in Lateinamerika demonstriert. Im Fokus der diesjährigen Proteste standen die Forderung nach einem Ende der geschlechtsspezifischen Gewalt, die ökonomische Gleichstellung, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung sowie der Zugang zu Bildung und einer adäquaten Gesundheitsversorgung.

Auf den Straßen Lateinamerikas

In Tegucigalpa standen die Proteste ganz im Zeichen des Mordes an der honduranischen Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Berta Cáceres. Die international bekannte Feministin war in der Nacht vom 2. auf den 3. März 2017 in ihrem Haus in Intibucá ermordet worden. Die Protestant*innen forderten die sofortige und vollständige Aufklärung des Mordfalles mittels einer internationalen Kommission und eine Verurteilung der Schuldigen. Mit Schildern, Kerzen und Bildern erinnerten sie an Cáceres und ihr Vermächtnis.

In Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, gingen tausende Aktivist*innen aus feministischen Initiativen und Menschenrechtsorganisationen auf die Straße. Auch ihre Proteste wurden bestimmt vom Mord an Berta Cáceres. Sie forderten ein Ende der Gewalt gegen Frauen und ein Leben in Frieden und Freiheit. Der Demonstrationszug wurde jedoch bereits nach der Hälfte des Weges von der Polizei gestoppt und die Teilnehmer*innen konnten daher ihre große Abschlusskundgebung nicht wie geplant durchführen.

In Mexiko-Stadt fanden an diesem Tag mehrere Veranstaltungen statt. Eine von einem breiten Bündnis sozialer und frauenpolitischer Organisationen veranstaltete Demonstration zog bis zum Platz Zócala im historischen Zentrum der Stadt. Die Demonstrant*innen forderten an diesem Tag das Ende der Gewalt, soziale Rechte sowie sexuelle Selbstbestimmung ein. Wirtschaftliche Ungleichheit, Sicherheit, der Zugang zu Bildung und adäquater Gesundheitsversorgung sowie die gezielte Ermordung von Frauen – so genannte Feminizide – wurden auf verschiedenen Kundgebungen und Veranstaltungen aus feministischer Sicht thematisiert.

In Kolumbiens Hauptstadt Bogotá beteiligten sich mehrere hundert Frauen an einem Slutwalk. Sie wehrten sich damit gegen das sogenannte victim blaming, die weit verbreitete Meinung, dass Frauen durch freizügige Kleidung sexuelle Übergriffe provozieren würden und daher die Schuld an diesen Verbrechen mittragen müssten.

Auch in Buenos Aires fand eine Massendemonstration statt. Nach einem Demonstrationszug durch die Stadt versammelten sich die Frauen auf der Plaza Mayor zur Abschlusskundgebung. Sie solidarisierten sich mit den anderen Frauen des Subkontinents und thematisierten besonders die jüngsten Feminizide. So beispielsweise den Mord an einem 16-jährigen Mädchen, der vor kurzem in Argentinien für Aufsehen sorgte, sowie den Fall zweier Frauen in Ecuador, deren Leichen vor Kurzem aufgefunden worden waren.

Regionale und internationale Berichte zur Situation lateinamerikanischer Frauen

Protest regte sich jedoch nicht nur auf den Straßen Lateinamerikas. Anlässlich des Weltfrauentages haben auch in diesem Jahr wieder zahlreiche regionale sowie internationale Organisationen Berichte über die Stellung der Frau in Lateinamerika veröffentlicht und somit die Dringlichkeit der auf den Demonstrationen artikulierten Forderungen untermauert. Bei einer Studie der mexikanischen Tageszeitung El Universal gaben 88% der Befragten an, dass Frauen in Mexiko diskriminiert würden. Ein Großteil von ihnen schätzt den Machismo als treibende Kraft dieser Diskriminierung ein. Und laut jüngsten Veröffentlichungen des peruanischen Statistikinstituts leiden nach wie vor etwa 70% der Frauen unter häuslicher Gewalt.

Zahlreiche regionale Organisationen beklagen jedoch nicht nur die Gewalt und die Diskriminierung der Frau, sondern auch den Verlust ihres Potenzials durch eine fehlende Inklusion am Arbeitsmarkt. Die Lateinamerikanische Entwicklungsbank ermittelte, dass das Bruttoinlandsprodukt des Subkontinents um 34 Prozent steigen könnte, wenn Frauen stärker in den Arbeitsmarkt eingebunden werden würden. Ähnlich schätzt die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) die Situation für Frauen am Arbeitsmarkt in Lateinamerika ein. Neue Statistiken ergeben zwar, dass es in der letzten Dekade eine Verbesserung der Situation gegeben habe und mehr Frauen in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden konnten. Allerdings stagniere die Zahl zuletzt bei etwa 53%. Darüber hinaus seien etwa 78% dieser Frauen in einem Sektor beschäftigt, der laut CEPAL als niedrig produktiv eingestuft wird. Dies bedeutet, dass auch die arbeitenden Frauen nur schlecht oder gar

nicht sozial abgesichert sind und kaum Zugang zu weiterbildenden Maßnahmen haben.

Neben der schwierigen Situation am Arbeitsmarkt wird in diesem Jahr besonders die prekäre Gesundheitsversorgung für viele Frauen beklagt. Amnesty International veröffentlichte anlässlich des Frauentages einen Bericht, der die Lage in acht Ländern der Region untersucht. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass adäquate Gesundheitsvorsorge für viele Frauen nach wie vor Glückssache sei. Besonders Verhütung und sichere Schwangerschaftsabbrüche seien sowohl vom Einkommen der Frau als auch von persönlichen und religiösen Ansichten der Ärzte und des Pflegepersonals abhängig. In El Salvador beispielsweise seien Schwangerschaftsabbrüche selbst dann noch verboten, wenn das Leben der Frau in Gefahr sei, und in Mexiko würden mancherorts an HIV erkrankte Frauen zwangssterilisiert werden. Das Gesundheitssystem, das die Frauen schützen sollte, trüge demnach zu ihrer Diskriminierung bei und würde damit zu einer Bedrohung für die Frau.